

# Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergeverein Saale-Orla e.V.

## Basisdemokratie

### Eine kleine Nachlese zur Bürgermeisterwahl im Saale-Orla-Kreis

Am 7. Mai 2006 fanden im Saale-Orla-Kreis Bürgermeisterwahlen statt.

Der Vorstand von HWG Saale-Orla hat als Entscheidungshilfe für seine Mitglieder im Vorfeld allen nachfolgend genannten Kandidaten der Städte Neustadt an der Orla, Pößneck und Triptis 6 Fragen gestellt und um Beantwortung gebeten.

Folgende Kandidaten (alphabetische Reihenfolge nach Städten und Familiennamen) erhielten unsere Fragen:

Für Neustadt an der Orla: Herr Arthur Hoffmann  
Herr Ralf Weiße

Für Pößneck: Herr Wolfgang Kleindienst  
Herr Michael Modde  
Herr Michael Roland  
Herr Lothar Stein  
Frau Constanze Truschzinski

Für Triptis: Herr Berthold Steffen

Geantwortet haben die Kandidaten Arthur Hoffmann, Wolfgang Kleindienst, Michael Roolant und Constanze Truschzinski (alphabetische Reihenfolge der Familiennamen).

Der Bürgermeisterkandidat Michael Modde hat telefonisch um Terminaufschub gebeten, der aber aus zeitlichen Gründen nicht gewährt werden konnte.

Da der Versuch, unsere Fragen und die eingegangenen Antworten in der OTZ zu veröffentlichen, nicht erfolgreich war, machten wir sie unseren Mitgliedern auf dem Postweg zugänglich. (Zum Thema Pressefreiheit äußern wir uns momentan nicht, da dies den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.)

Gewählt wurden folgende Bürgermeisterkandidaten:

Neustadt an der Orla: Herr Arthur Hoffmann  
Pößneck: Herr Michael Modde  
Triptis: Herr Berthold Steffen

Die jetzt gewählten Bürgermeister, die vor der Wahl mehr oder weniger auf unsere Fragen reagiert hatten, namentlich Herr Arthur Hoffmann und Herr Michael Modde hatte der Vorstand zu seiner Sitzung am 27.06.2006 eingeladen.

Auf Grundlage unserer Fragen an die Bürgermeisterkandidaten wollten wir einen ersten Gedankenaustausch mit den neu und wieder gewählten Bürgermeistern durchführen und bei Zustimmung der Herren getrennte lokale Veranstaltungen mit

unseren Mitgliedern in Pößneck und Neustadt vorbereiten.

Herr Michael Modde hat unsere Einladung mit der Begründung, daß er am 27.06.2006 noch kein Bürgermeister sei, telefonisch absagen lassen. Ein weiteres Gesprächsangebot erfolgte nicht.

Herr Arthur Hoffmann hat seine Teilnahme an unserer Vorstandssitzung zugesagt, aber wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung telefonisch absagen lassen, mit der Begründung an einer Sondersitzung des Stadtrates teilnehmen zu müssen.

Er signalisierte zumindest weiterhin Gesprächsbereitschaft. Von dieser Absage waren wir einfach nur sehr enttäuscht, da Herr Arthur Hoffmann vor der Wahl einen recht starken Gesprächswunsch geäußert hat.

Die Begründung von Herrn Michael Modde war für uns nicht nachvollziehbar. Wir hatten unsere Fragen schon an die Bürgermeisterkandidaten gerichtet mit dem Wissen, daß 3 davon auch Bürgermeister werden. Wir sind weiterhin davon ausgegangen, daß der ehemalige Bürgermeisterkandidat und inzwischen gewählte Bürgermeister bis zur Amtseinführung nicht grundsätzlich seine Meinung ändert bzw. sich nach der Wahl möglicherweise anderen Menschen verpflichtet fühlt als vor der Wahl.

Endet also die Basisdemokratie am Wahntag 18:00 Uhr mit Schließung der Wahllokale?

Wenn man die große und kleine Politik betrachtet liegt der Verdacht nahe. Hier sei nur an den sehr aktuellen Wahlbetrug bezüglich der Mehrwertsteuer-Erhöhung erinnert. Keiner der Politiker, die diesem Gesetz zugestimmt haben, hat von seinen Wählern einen mehrheitlichen basisdemokratischen Auftrag dazu erhalten.

Aber das ist ja auch nicht nötig. Die Rolle, die den Wählern zugeachtet ist, endet oftmals tatsächlich mit Schließung der Wahllokale am Wahntag. Danach ist der Politiker nicht etwa seinen Wählern, sondern nur noch seinem Gewissen verpflichtet. Wovon das beeinflusst wird, weiß nur der Politiker selbst.

Aber schauen wir uns das Wahlergebnis unserer drei Städte an (siehe Tabelle) und vergleichen wir die offizielle Statistik mit den tatsächlichen Auswirkungen dieser Wahl.

Bürgermeisterwahlen in den kreisangehörigen Gemeinden 2006 in Thüringen								Berechnet durch HWG Saale-Orla	
-endgültiges Ergebnis-									
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik									
Gemeinde	Wahlberechtigte	Wähler teiligung	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	von den gültigen Stimmen entfielen auf den gewählten Bürgermeister			durch die Wahlberechtigten gezeigte Akzeptanz des gewählten Bürgermeisters	
Neustadt an der Orla	7 393	3 528	47,70%	12	3 516	2 034	57,80%	Arthur Hoffmann	27,51%
Pößneck	11 446	5 700	49,80%	42	5 658	3 933	69,50%	Michael Modde	34,36%
Triptis	3 489	1 366	39,20%	79	1 287	1 265	98,30%	Berthold Steffen	36,26%

Während sich der prozentuale Wahlsieg nur auf die Wähler bezieht und teilweise Prozentzahlen wie ehemals in der DDR erreicht wurden, ist die tatsächliche Akzeptanz bezogen auf alle Wahlberechtigten deutlich geringer.

Tatsächlich vertreten die gewählten Bürgermeister aber alle Einwohner ihrer Städte, welche dann sämtliche Entscheidungen der Räte und Verbände für oder gegen sich gelten lassen müssen.

Nun ist es auf keinen Fall so, daß es den meisten Nichtwählern egal wäre, was in ihrer Stadt passiert. Politikverdrossenheit und Alternativlosigkeit dürften die Hauptgründe für die zunehmende Wahlverweigerung sein.

Aus dem gleichen Grund werden auch immer öfter ungültige Stimmen abgegeben.

Kommen wir nun zu einigen Fragen und Themen, die HWG Saale-Orla u.a. gern mit Herrn Hoffmann und Herrn Modde am

# Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergeverein Saale-Orla e.V.

27.06.2006 besprochen hätte.

Der Wahlberechtigte, von der Politik auch gern als Souverän bezeichnet, wurde von seinen Vertretern nicht gefragt, ob es ihm recht ist, daß schrittweise die kommunale Energieversorgung privatisiert wird. Hier wurde und wird vom Steuerzahler bezahltes kommunales Vermögen an Profiteure veräußert. Die daraus resultierenden anhaltenden Preiserhöhungen können bald nur noch die bezahlen, die ihr Einkommen aus der ständigen Erhöhung von Steuern, Abgaben und Diäten beziehen.

Wozu sind nichtöffentliche Sitzungen und Beschlüsse von Räten und Verbänden nötig? Gibt es etwas zu verbergen oder sind die Bürger nicht mündig genug, um zu verstehen, was dort beraten wird.

Wer den Wähler nicht nur als Steigbügelhalter ins Amt und damit in eine vom Steuerzahler gesicherte Versorgung betrachtet, sollte nicht nur am Wahltag nach dessen Meinung fragen, sondern zu so lebenswichtigen Sachthemen, wie z.B. der Energie- und Wasserversorgung eindeutige Mehrheiten herbeiführen und diese auch ernst nehmen und vertreten.

Es gibt keine Wählermehrheit, die die Bürgermeister in ihrer Funktion als Verbandsräte des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Orla beauftragt hat, die Wasserversorgung zu monopolisieren, Beiträge und Gebühren nach Kassenlage festzulegen und den unwilligen Bürgern mit dem Mittel des Verwaltungszwangsverfahrens direkt ins Portemonnaie zu greifen. Dieses Unrecht wird von der Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises gleichzeitig als Genehmigungs- und Widerspruchsbehörde überwacht und aufrechterhalten.

Unverschämte Verwaltungsgebühren für die „Mühewaltung“ der Bürokraten und damit unkalkulierbare finanzielle Risiken sollen auch den letzten Mutigen noch vor einem möglichen Widerspruch zurückschrecken lassen.

Wer dem Zweckverband nicht gerade einen Rechenfehler nachweisen kann, hat wenig Aussicht auf eine erfolgreiche Einspruchsbearbeitung.

Es gibt kaum eine größere Verhöhnung der Menschen, als wenn die entscheidenden Amtsinhaber den „Beschwerdeführer“ unter Mißbrauch des Wortes Basisdemokratie auf höheres Recht verweisen.

Einen mehrheitlichen Auftrag an basisdemokratisch gewählte Volksvertreter, eine derartige Abzocke gesetzlich festzuschreiben gibt es nicht.

Aber, um ein einmal errungenes Amt und die damit verbundene Versorgung zu behalten, ist es für manchen gewählten Volksvertreter offenbar effektiver nach oben zu buckeln und nach unten zu treten.

Der Trend zur Zentralisierung der Wasserversorgung ist noch unter anderen Aspekten zu betrachten.

1. Es besteht der Verdacht, daß die Beseitigung vieler Trinkwasserschutzgebiete und damit der zunehmende Ersatz von dezentraler Trinkwassergewinnung durch den Kauf von Fernwasser, die Privatisierung vorbereiten und vereinfachen soll.
2. Falls durch einen Terroranschlag eine zentrale Wasserversorgungsanlage z.B. ein Staudamm zerstört würde, wäre die Wasserversorgung großflächig gestört. Eine dezentrale Wasserversorgung könnte solche Schäden deutlich begrenzen und eine schnelle Selbsthilfe ermöglichen.

Wir fordern unsere neu gewählten Bürgermeister und darüber

hinaus alle gewählten Volksvertreter auf, dafür zu kämpfen, die Privatisierung der Energie- und Wasserversorgung, soweit bereits erfolgt, zu stoppen und rückgängig zu machen.

Trinkwasser als unser wichtigstes Lebensmittel darf nicht von Spekulanten beherrscht werden. Es ist eine Horrorvorstellung, daß Trinkwasser eines Tages an den Börsen wie Mineralöl gehandelt wird und Spekulanten die Preise permanent in die Höhe treiben. Die Entwicklung der Energiepreise sollte hier Mahnung und Warnung sein.

Bezahlbare Energie- und Wasserpreise nutzen übrigens der gesamten Bevölkerung, sowohl Mietern als auch Vermietern. Zeigen Sie den Bürgern, daß ihre Meinung auch über den Wahltag hinaus gefragt ist. Es ist kein Gesetzesverstoß, wenn Abgeordnete die Meinung der Wahlberechtigten zu Sachthemen einholen. Es ist unmoralisch eine Gesetzgebung zu unterstützen, die Volksabstimmungen behindert und erschwert.

Andererseits sollte der gewählte Volksvertreter auch erwarten dürfen, daß er jederzeit mit der Unterstützung durch seine Wähler rechnen kann. Hierzu ist aber eine ständige Kommunikation zwischen Volksvertretern und Bürgern, die effektiver Weise viel öfter in Form von Volksbefragungen stattfinden sollte, erforderlich. Im Sinne einer konstruktiven Mitarbeit fordern wir unsere Mitglieder und alle Bürger auf, sich deutlich mehr als bisher sachlich kritisch einzubringen und mutigen Volksvertretern zu zeigen, daß sie nicht allein gelassen werden.

Zeigen Sie Ihren Volksvertretern bei jeder Gelegenheit, daß Basisdemokratie nicht nur dazu dient, sie in Amt und Würden zu bringen, sondern daß sie in ihren Ämtern die mehrheitlichen Interessen der Menschen ihres Gemeinwesens zu vertreten haben und diese im Zweifelsfall auch immer wieder bei den Wahlberechtigten erfragen sollten.

Dort wo Lobbyismus soziale und wirtschaftliche Kompetenz ersetzt, werden häufig Entscheidungen gegen mehrheitliche Bevölkerungsinteressen getroffen.

Wirkliche Basisdemokratie hindert keinen Verantwortlichen daran, die Menschen, die man zu vertreten vorgibt in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

HWG Saale-Orla steht zu seinem Wort und bietet allen neu und wiedergewählten Bürgermeistern eine sachliche aber auch kritische Zusammenarbeit an.

Liebe Leser, prüfen Sie bei jeder Wahlentscheidung genau, welchem Kandidaten Sie vertrauen können und fordern Sie die Realisierung der Wahlversprechen ein.

Vielleicht gelingt es, den heiteren Fußball-Patriotismus der letzten Wochen in einen anhaltenden wirklichen Patriotismus zu verwandeln.

Wir wünschen unseren Mitgliedern eine schöne Urlaubszeit.

Ihr Vorstand

**HWG Saale-Orla**

**Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergeverein  
Saale-Orla e.V., Rosenweg 1, 07389 Ranis**

Tel./ Fax: 03647/4477848

E-Mail: [monika@nusche.de](mailto:monika@nusche.de)

Sprechstunde jeden 2. Dienstag im Monat 18:00 bis 19:00 Uhr  
im Büro Saalfelder Str. 32, 07381 Pößneck